

Wiebke Sievers, Rainer Bauböck, Ivan Josipovic,
 Dženeta Karabegović und Kyoko Shinozaki
**Jenseits der Migrantologie:
 Aktuelle Herausforderungen und neue Perspektiven
 der Migrationsforschung**

1. Einleitung

Ich hatte zugehört, als eine Bekannte ihre Doktorarbeit verteidigte, der Titel enthielt die Wörter Fremd- und Selbstwahrnehmung, Muslima und Deutschland. Unbehagen verspürte ich schon nach wenigen Minuten, doch als mir auf einmal bewusst wurde, dass ich gemeint, dass meine Fremd- und Selbstwahrnehmung Untersuchungsgegenstand, ich die beschriebene Muslima war, verließ ich den Hörsaal. Allein wie sie das Wort „Muslima“ aussprach, ließ mich schaudern. Wie sehr sich jeder in diesem Land bemühte, alles richtig zu machen. Es war unerträglich. (Ebrahimi 2017, 61)

Diese Szene stammt aus dem Debütroman *Sechzehn Wörter* der Autorin Nava Ebrahimi, die in Graz lebt und für dieses Werk den Österreichischen Buchpreis erhielt. In dem Roman setzt sich die Erzählerin Mona, die im Iran geboren wurde und seit ihrer frühen Kindheit in Köln lebt, auf sehr differenzierte Weise mit ihrer Herkunft auseinander. Die Dissertation, in der Muslim*innen aus der Perspektive der weißen Mehrheitsgesellschaft in kolonialer Manier zum Forschungsobjekt degradiert und vermessen werden, dient ihr dabei als Negativfolie. Genau diese wissenschaftlichen Ansätze, die in der Migrationsforschung lange von zentraler Bedeutung waren, wurden seit der Jahrtausendwende zunehmend kritisch betrachtet und sind inzwischen als „eine nach Herkunft sortierte ‚Migrantologie‘ unterschiedlicher Ethno-Communities“ verrufen (Bojadžijev/Römhild 2014, 10).¹ Das ist nicht zuletzt Forscher*innen zu verdanken, die selbst Migrant*innen sind und die sich, wie die Protagonistin in Nava Ebrahimis Roman, dem Blick der Mehrheitsgesellschaft widersetzen, der sie zu Anderen macht – wobei das nicht heißt, dass der rassifizierende Blick auf Migrant*innen, wie er in der Migrantologie Ausdruck findet, in den wissenschaftlichen Institutionen, geschweige denn in der Gesellschaft, als überwunden gelten kann (Kosnick, 2021; Osanami Törngren/Shinozaki 2022).

Im Zusammenhang mit der Kritik an der Migrantologie wurden neue Ansätze entworfen, die Migrant*innen grundsätzlich als Teil der Gesellschaft wahrnehmen, in der sie leben, und Migration zum Ausgangspunkt nehmen, um globale Ungleichheit

¹ Dass es in der Doktorarbeit im Roman um Musliminnen geht, widerspricht dieser These nicht, wird doch seit der Jahrtausendwende vermehrt auf die Kategorie Religion zurückgegriffen, um Menschen, die schon seit Generationen in Österreich oder anderen europäischen Ländern leben, weiterhin als Andere ausgrenzen zu können (Mattes 2022, 23–25).

und nationale Grenzziehungen gegenüber Migrant*innen zu thematisieren. In dieser neuen Forschungstradition steht auch der vorliegende Band. Er enthält ausgewählte Beiträge der 6. Jahrestagung für Migrationsforschung in Österreich, die trotz der Covid-19-Pandemie im September 2020 an der Paris Lodron Universität Salzburg unter dem Motto „Grenzen überschreiten – Perspektiven der Migrationsforschung“ stattfinden konnte. Allen Beiträgen ist gemein, dass sie den wissenschaftlichen Blick auf die Migration erweitern. Was diesen Band zusammenhält, ist also nicht ein inhaltlicher Schwerpunkt, wie im letzten Jahrbuch das Thema *Flucht und Asyl* (Sievers/Bauböck/Reinprecht 2021). Den Beiträgen ist gemein, dass sie Migrant*innen nicht als Objekte betrachten, die es zu vermessen bzw. in eine Mehrheitsgesellschaft zu integrieren gilt. Sie alle bieten Einblicke in eine mögliche Überwindung dieser überkommenen Perspektiven. Das Ziel dieses Bandes ist dabei weniger, den vielen Neuansätzen, die in den vergangenen Jahren in der Migrationsforschung entstanden sind, weitere hinzuzufügen. Vielmehr illustrieren die meisten Beiträge, wie sich die vielfältigen theoretischen und methodologischen Konzepte in konkrete empirische Forschung übersetzen lassen. In den Vordergrund treten damit globale Herausforderungen wie der Klimawandel, die gesellschaftlichen Debatten über Migration, der Umgang mit gesellschaftlicher Diversität in Schule, Verwaltung und Arbeitswelt sowie die Verhandlungen von Zugehörigkeiten in Migrationsgesellschaften, die von Rassismus und Ausgrenzung geprägt sind. In dieser Einleitung werden wir zunächst darauf eingehen, warum die „Migrantologie“ genauso abzulehnen ist wie die einbahnstraßenartige Vorstellung, Migrant*innen müssten sich in die Mehrheitsgesellschaft integrieren. Danach werden die theoretischen und methodologischen Neuansätze angesprochen, die dazu beigetragen haben, diese Perspektiven in der Migrationsforschung zu überwinden. Abschließend wird dargestellt, wie sich die Beiträge in diesem Band in diese Neuansätze der Migrationsforschung einfügen.

2. Wider die Migrantologie

Wenn wir oben festgestellt haben, dass die Migrantologie in Verruf geraten ist, dann heißt das nicht, dass es diese Art der Forschung nicht mehr gibt. Als Beispiel sei hier eine österreichische Publikation genannt, die in einer weit größeren Auflage erscheint als viele andere Forschungserkenntnisse und folglich mehr Menschen erreicht: das statistische Jahrbuch *Migration & Integration: Zahlen, Daten, Indikatoren*, das einmal jährlich von der Statistik Austria im Auftrag des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) erstellt wird, um die Integrationspolitik zu evaluieren. Dass der ÖIF zentraler Bestandteil der Umsetzung dieser Integrationspolitik ist, zeigt schon, dass es hier weniger um eine Evaluierung als eine Untermauerung dieser Politik mit Daten geht (vgl. Schinkel 2017). Das Jahrbuch will den Grad der Integration der ausländischen Staatsbürger*innen bzw. der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Österreich messen. Zu diesem Zweck werden diese Gruppen bezüglich Anzahl der Kinder, Bildungsstand, Erwerbstätigen-

und Arbeitslosenquote, Jahreseinkommen, Armutsgefährdung oder Kriminalität mit den österreichischen Staatsbürger*innen bzw. der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund verglichen. Gleichen sich diejenigen, die als Migrant*innen kategorisiert werden, in diesen Punkten den Einheimischen an, so die zugrunde liegende These, dann können sie als integriert gelten. Wenn sie aber zum Beispiel deutlich mehr oder auch weniger Kinder bekommen als die jeweilige Referenzgruppe, dann weist das nach Meinung der Autor*innen darauf hin, dass sie nicht vollständig integriert sind, und findet deswegen im Text Erwähnung ([Statistik Austria 2021, 7, 32](#)).

Solche Ansätze sind zunächst einmal deshalb problematisch, weil sie Menschen, die in Österreich leben, die Zugehörigkeit zu Österreich absprechen. Die Migrant*innen werden einer Gruppe der vermeintlich „wahren Österreicher*innen“ gegenübergestellt, die immer schon in diesem Land gelebt haben. Doch solche nationalstaatlichen Kategorisierungen sind nicht nur selbst Konstrukte, die sich erst im 19. Jahrhundert etablierten (Anderson 1991) und in Österreich erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wirklich Anwendung fanden. Zudem begann man erst seit der Herausbildung der Nationalstaaten damit, Menschen als Immigrant*innen wahrzunehmen, die es zu kontrollieren und zu integrieren gilt (Wimmer/Glick Schiller 2002). All diese Konstrukte entfalteten über die Zeit Wirkmacht (Dahinden, 2016, 14). Sie wurden normalisiert, also in gesellschaftlichen Diskursen als selbstverständlich vorausgesetzt. Das heißt nicht nur, dass man andere als Migrant*innen und damit nicht zugehörig wahrzunehmen begann, sondern auch, dass diese sich selbst so wahrnahmen. Diese Selbstwahrnehmung wiederum schrieb sich in die Körper der Personen ein. Ihr Verhalten passte sich unbewusst den Diskursen an, unterwarf oder widersetzte sich diesen. Was das konkret für das Individuum bedeuten kann, veranschaulichen die Gedichte Yahya Hassans, der aufzeigt, wie destruktiv sich solche Identitätsnarrative auf die Persönlichkeitsentwicklung auswirken. In seinem Gedicht „Kindheit“ illustriert er, was es heißt, aus einem Land zu stammen, das nicht existiert, und in einem Land zu leben, das mehrsprachigen Kindern palästinensischer Herkunft in Europa die Existenz abspricht. Die symbolischen Grenzen, die die Narrative beinhalten, verlaufen direkt durch die Körper der Kinder. Diese symbolische Gewalt steht der familiären Gewalt, also den Schlägen des Vaters, denen die Kinder tagtäglich ausgesetzt sind, in nichts nach (Hassan, 2014; vgl. dazu [Sievers, 2021](#); verwiesen sei auch auf die Beiträge von Mijić und Yildirim in diesem Band).

In den vergangenen 20 Jahren hat die Forschung vermehrt darauf aufmerksam gemacht, dass über die nationalstaatlichen Konstrukte Grenzziehungen reproduziert werden, die gerade aufgrund von Migration als überkommen gelten müssen. So werden Menschen, die seit Jahrzehnten in Österreich leben oder sogar in diesem Land geboren wurden, im statistischen Jahrbuch weiterhin als Migrant*innen bzw. der Türkei oder dem ehemaligen Jugoslawien zugehörig kategorisiert. Man erhält also über diese Kategorisierung nationale Grenzziehungen aufrecht, die durch die Migration als solche

gar nicht mehr existieren: „Immigrants present in the nation-state are considered as still ‚outside society‘“ [...] (Schinkel 2017, 2). Mit anderen Worten: Migrant*innen sind nicht per se Fremde, sondern werden durch die unaufhörliche Wiederholung dieser Narrative zu Fremden gemacht. Das gilt im Jahrbuch zwar grundsätzlich für alle Migrant*innen, aber während sich Zuwanderer*innen aus den „alten“ EU-Mitgliedsstaaten zumindest den Daten nach von den Österreicher*innen kaum unterscheiden, sind es vor allem Menschen aus der Türkei sowie aus Syrien, Afghanistan und dem Iran, die laut dieser Darstellung nicht integriert sind, weil sie zum Beispiel zu einem geringeren Prozentsatz über höhere Bildungsabschlüsse verfügen ([Statistik Austria 2021, 49](#)) oder die Erwerbstätigenquote unter ihnen niedriger und die Arbeitslosenquote höher ist ([Statistik Austria 2021, 55, 59](#)).

Diese Grenzziehungen stehen in einer langen Tradition der „Veränderung“ von Menschen, die nicht als Teil der jeweiligen Nation, Europas bzw. des Westens gesehen werden, wie Edward Said in seinem Buch *Orientalism* zum ersten Mal gezeigt hat (Said, 1978). Der Blick auf die Anderen in Europa schließt also nahtlos an den Blick auf die Anderen Europas an; er degradiert sie zu Menschen zweiter Klasse, denen unterstellt wird, es fehle ihnen an europäischen Werten und sie bedürften deswegen westlicher Umerziehung – früher in den Kolonien, heute in Integrationskursen, wie sie in ganz Europa existieren (Ha, 2009). Diese Abwertung der Anderen dient dabei vor allem der Bestätigung des nationalen, europäischen bzw. westlichen Selbst, wie Regina Römhild mit Bezug auf Gayatri Spivak festhält: „[H]ier erzeugt ein kolonial inspirierter Diskurs der Nation das ihn konstituierende ‚Andere‘ am Rand: in Form von ethnisch und religiös, migrantisch markierten, rassifizierten Minderheiten, die den als überlegen und vorherrschend imaginierten Kern der Nation – die weiße, sesshafte, moderne ‚Mehrheitsgesellschaft‘ – im Gegenzug mit hervorbringen“ (Römhild, 2018, 65). Dieses Konstrukt der sich angeblich nicht verändernden und homogenen Mehrheitsgesellschaft, das aus der Abgrenzung von den Anderen erst entsteht, dient dann wiederum als Grundlage für die Integration dieser Anderen (Pries 2016). Sie sollen sich also in eine Gesellschaft integrieren, die sie ausschließt, um sich der eigenen Identität als westlich und fortgeschritten zu versichern. Wie sich diese Prozesse auf diejenigen auswirkt, die von ihnen zu Anderen gemacht werden, zeigt sehr eindrücklich der kürzlich erschienene Sammelband *Das ‚andere‘ Österreich* (Hafez 2021). Dieser behandelt die Autor*innen nicht als Vertreter*innen einer Gruppe, sondern gibt ihnen die Möglichkeit, aus autobiografischer Perspektive darüber zu reflektieren, wie und wann ihre unterschiedlichen Identitäten in ihrer gelebten Realität relevant sind bzw. werden.

All das heißt jedoch nicht, dass man sich mit Migrant*innen oder mit Integration nicht mehr befassen darf, sondern dass sich das Verständnis dieser Konzepte und die wissenschaftlichen Zugänge ändern müssen. Genau das ist in den vergangenen Jahrzehnten vermehrt geschehen und findet in der vorliegenden Publikation seinen Niederschlag.

3. Neue Paradigmen in der Migrationsforschung

Eingangs sei an dieser Stelle betont, dass immer schon eine Migrationsforschung existierte, die sich kritisch zu den migrantologischen Ansätzen positionierte. Dabei beinhaltete dies in Österreich zunächst meist eine kritische Auseinandersetzung mit der jeweiligen Migrationspolitik (Perchinig 2010). Diese mündete unter anderem in eine Forschung zu Migration und Staatsbürgerschaft, die die dominierende Perspektive der Einwanderungsländer durch eine transnationale Sicht in Frage stellte (Bauböck 1994). Dennoch haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten Neuansätze entwickelt, die weit über diese ersten Zugänge hinausgehen. Zentral dafür war eine Auseinandersetzung mit dem „methodologischen Nationalismus“ der Migrationsforschung (Wimmer & Glick Schiller, 2002). Andreas Wimmer und Nina Glick Schiller haben in ihrem einflussreichen Aufsatz darauf hingewiesen, dass Migration erst mit der Herausbildung der Nationalstaaten zu dem Phänomen wurde, als das es bis heute meist wahrgenommen wird. Die Sozialwissenschaften hatten diese soziale Konstruiertheit von Migration bis dahin weitgehend ignoriert und die Kategorisierung von Migration und Integration, wie sie aus dem nationalstaatlichen Denken hervorgegangen war, als gegeben hingenommen.

Der erste Schritt auf dem langen Weg der Infragestellung nationalstaatlicher Paradigmen in der Migrationsforschung war also, dass sich der Blick in transnationalen Studien über den Nationalstaat hinausrichtete. Transnationale Zugänge deckten auf, dass der Fokus auf die Integration die transnationalen Biografien von Migrant*innen völlig unsichtbar machte. Diese haben oft weiterhin relativ stabile Kontakte mit Familien, Freund*innen, ehemaligen Arbeitskolleg*innen, politischen Gefährt*innen etc. in ihren Herkunftsländern, die aber bis dahin kaum wahrgenommen wurden. Die transnationale Perspektive machte Migrant*innen zudem als Akteur*innen sichtbar, die ihre grenzüberschreitenden Möglichkeiten nutzen, um sich und ihre Familien finanziell abzusichern, transnationale Unternehmen aufzubauen oder sich politisch in mehreren Ländern zu engagieren (Glick Schiller/Basch/Szanton Blanc 1995). Selbst ihr rechtlicher Status und die damit verknüpften Rechte und (ungleichen) Chancen können nur durch Untersuchung ihrer simultanen Beziehungen zu Herkunfts- und Aufnahmestaaten angemessen erklärt werden (Bauböck 2010). Aus dieser transnationalen Perspektive hat sich inzwischen eine globale Ungleichheitsforschung entwickelt:

Aus einer transnationalen Sicht können Ungleichheiten als grenzenlos betrachtet werden: Während Ländergrenzen und vor allem die rechtlichen und politischen Grenzen von Mitgliedschaft und Zugehörigkeit konstitutiv für die Lebensmöglichkeiten einer Person sind, stimmen die sozialen, kulturellen und ökonomischen Grenzen nicht notwendigerweise damit überein. ([Faist 2021, 17](#))

Neben den transnationalen Studien hatten die Border Studies großen Einfluss auf die Neuorientierung der Migrationsforschung. Sie lenkten den Blick auf die Grenzregime, die Menschen überhaupt erst zu Migrant*innen machen. An der gesellschaftlichen

Herstellung von Migration sind dabei mehrere Akteur*innen beteiligt (Pott/Rass/Wolff 2018): Nationalstaatliche und supranationale Institutionen wie die EU regulieren – unter anderem über Visabestimmungen –, wer freien Zugang zu ihrem Territorium hat und wer nicht; Individuen bewegen sich auf ihre je eigene Art in diesem Netz aus Vorgaben. All das findet vor dem Hintergrund politischer und medialer Narrative über Migration statt. Wie diese drei Dimensionen sich zueinander verhalten und welchen Veränderungen sie unterliegen, rückte mit diesem Perspektivwechsel ins Zentrum der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit. Als Beispiel seien hier die vielen Menschen genannt, die auf dem Weg nach Europa im Mittelmeer oder in der Ägäis ertrinken. Das ist keineswegs primär die Schuld von Schleppern, wie die Politik uns glauben machen will, sondern durch ein europäisches Migrationsregime bedingt, das Menschen aus Afrika und Asien keine legalen Wege nach Europa bietet. Zur Durchsetzung dieses Migrationsregimes dienen Visapolitiken, Verträge mit Herkunftsländern, neueste Technologien etc.; diese werden durch einen Diskurs unterstützt, der die betroffenen Menschen als ökonomische Migrant*innen stigmatisiert und ihre Migration damit für illegal erklärt (Hess et al. 2015; Pott/Rass/Wolff 2018; Amelina 2021). Gleichzeitig gibt es auf internationaler und europäischer Ebene jedoch gegenläufige Bemühungen, „sichere, geordnete und reguläre“ Pfade für ökonomische Migration aus weniger entwickelten Staaten zu schaffen. Dafür setzt sich der im Dezember 2018 von den Vereinten Nationen verabschiedete Globale Migrationspakt ein (Micinski 2021), den Österreich trotz seiner Involvierung in die Vorbereitungsarbeiten als einer von nur 17 Staaten nicht unterstützte.

Als produktiv für die Grenzregimeforschung erwies sich die Hinwendung zum Mobilitätsparadigma, das Mobilität als allgemeines Phänomen untersuchte und nicht mehr auf Migrant*innen begrenzte (Urry 2000). Aus dieser Perspektive wurde sichtbar, wie zwischen erwünschter Mobilität, die in den politischen und medialen Diskussionen über Migration unsichtbar bleibt, und unerwünschter Migration unterschieden wird, und zwar nicht nur innerhalb der Europäischen Union, sondern auf globaler Ebene. Die globale Ungleichheit findet nämlich in einem „global mobility divide“ Ausdruck: Während sich Menschen aus dem Globalen Norden immer freier bewegen können, hat sich die Bewegungsfreiheit der Menschen im Globalen Süden nur geringfügig verbessert bzw. für Menschen aus Afrika sogar verringert (Mau et al. 2015).

Gleichzeitig wurde darüber reflektiert, wie sich nationale Gesellschaften durch Migration verändern. Das „Wir“, das oft als selbstverständlich hingenommen wird, wurde in Frage gestellt (Kohlenberger 2021). Die Migrationsforschung begann damit, die Tatsache, dass sich Europa im 20. Jahrhundert von einem Auswanderungs- zu einem Einwanderungskontinent entwickelte – wie Andreas Exenberger (2021) im letzten Jahrbuch Migrationsforschung mit viel Zahlenmaterial dokumentiert hat –, in neue Gesellschaftsvorstellungen zu integrieren. 2007 prägten Anne Broden und Paul Mecheril den Begriff Migrationsgesellschaft, um auf die vielfältigen gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozesse zu verweisen, die mit Migration einhergehen:

Übertragung beispielsweise von Lebensweisen, Biographien und Sprachen in die neue Gesellschaft, ihre Modifikation als Folge von Wanderungen, Entstehung von Zwischenwelten und hybriden Identitäten, Phänomene der Wahrnehmung und Zuschreibung von Fremdheit, Strukturen und Prozesse des Rassismus, Konstruktionen des und der Fremden oder auch die Erschaffung neuer Formen von Ethnizität. ([Brodén/Mecheril 2007, 7](#))

In den vergangenen Jahren gewann dann der Begriff „postmigrantische Gesellschaft“ an Bedeutung, der an den Vorschlag von Brodén und Mecheril anschließt, aber das Ideal der Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von Herkunft, Ethnie oder Religion zum Ausgangspunkt der Überlegungen macht (Moslund/Schramm/Vitting-Seerup 2019, 245). Gegenwärtige Gesellschaften werden daran gemessen, inwieweit sie dieses Ideal erreichen (Foroutan 2019; vgl. den Beitrag von Foroutan in diesem Band). Es geht also nicht mehr um einen Prozess der Integration im Sinne einer Anpassung der Migrant*innen an das Konstrukt einer nationalen Gemeinschaft, sondern um den Weg zu einer Gesellschaft, die allen in ihr lebenden Menschen gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht. Dass dieses Ideal bisher für Menschen, die teilweise seit Jahrzehnten in Europa leben bzw. hier geboren wurden, nicht erreicht wurde, hat auch mit Rassismus und Islamophobie zu tun, die teils in manifesten Vorurteilen und Diskriminierungshandlungen sichtbar werden, sich aber auch in struktureller Benachteiligung in gesellschaftlichen Bereichen wie Verwaltung, Schule und Arbeitsmarkt manifestieren (vgl. Foroutan 2019, 83–108). Migrant*innen begehren gegen diese Ausgrenzung auf und avancieren damit zu zentralen Akteur*innen in einem gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozess (vgl. Foroutan in diesem Band).

Viele der oben beschriebenen Denkansätze sind inspiriert von postkolonialen Wissenschaftler*innen wie Edward Said, Gayatri Spivak und Homi Bhabha. Die Einbeziehung ihrer Ansätze brachte auch zum Vorschein, wie sehr koloniale Strukturen und Denkmuster die Vorstellungen von Migration und Integration bis in die Gegenwart prägen (Mayblin/Turner 2021). Das zeigt sich nicht nur am „global mobility divide“, sondern auch an der Rassifizierung all jener, die im globalen Norden als nicht erwünschte Migrant*innen gelten, und zwar nicht ausschließlich in der Migrations- und Integrationspolitik. Koloniale Denkmuster strukturieren die gesamte Gesellschaft, darunter auch die akademische Welt. So war die Migrationsforschung lange ausschließlich weiß und europäisch, und Universitäten sind bis heute „weiße Räume“ – um mit Sara Ahmed ([2007, 159](#)) zu sprechen –, in denen Weiße als die Norm gelten und alle anderen als die Ausnahme. Vornehmlich weiße Professoren und inzwischen auch Professorinnen lehren die Theorien und Methoden weißer Forscher*innen und befassen sich nur selten mit dem Fortwirken von Kolonialismus und institutionellem Rassismus bzw. institutioneller Whiteness an Hochschulen in der Gegenwart (vgl. Gutiérrez-Rodríguez 2016; [Thompson 2021](#)). Dabei geht es nicht nur um die Hautfarbe, sondern darum, dass Migrant*innen

als Menschen anerkannt werden, die als berechtigt gelten, Aussagen über Migration zu treffen, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen, dass sie als Migrant*innen über Migration arbeiten, weshalb sie womöglich nicht objektiv seien (Osanami Törngren/Shinozaki 2022). Es reicht also nicht aus, den Migrant*innen im akademischen Diskurs ein wenig Platz einzuräumen. Es gilt, über die Grenzziehungen in der Wissenschaft zu reflektieren, die dazu geführt haben, dass ihnen dieser Platz bisher verwehrt wurde.

4. Aktuelle Herausforderungen und neue Perspektiven

Wie nun fügt sich der vorliegende Band in diese Neuorientierung der Migrationsforschung ein? Er präsentiert ausgewählte Beiträge der 6. Jahrestagung für Migrationsforschung in Österreich, die nicht einen kohärenten Ansatz verfolgen, aber alle auf die eine oder andere Weise die Herausforderung annehmen, neue Perspektiven auf Migration und Integration zu entwickeln. Dabei enthält nur der erste Abschnitt, der auf den Vorträgen der internationalen Hauptreferent*innen im Rahmen der Salzburger Tagung beruht, Beiträge, die eine Neuperspektivierung der Migrationsforschung bzw. der Migrationspolitik weiter vorantreiben. Die folgenden Kapitel machen die Neuansätze zur Grundlage ihrer empirischen Forschung und erweitern damit den wissenschaftlichen Blick auf Migration und Integration. Sie analysieren globale soziale Ungleichheit aus der Perspektive der Herkunftsgesellschaften (Abschnitt 2). Sie befassen sich mit der sozialen Konstruktion von Flucht und Asyl in Rechtsprechung, Verwaltung und Politik (Abschnitt 3). Sie betrachten soziostrukturelle und individuelle Integration nicht als Anpassung von Migrant*innen an die Normen und Institutionen des Ankunftskontexts, sondern als einen Aushandlungsprozess, der auch von den involvierten Organisationen Anpassungen erfordert (Abschnitt 4) und in dem Individuen sich produktiv mit nationalen Grenzziehungen auseinandersetzen (Abschnitt 5). Und sie setzen die Entmigrantisierung der Migrationsforschung, wie sie von Bojadžijev und Römhild (2014, 11) gefordert und von Dahinden (2016) in eine reflexive Migrationsforschung übersetzt wurde, empirisch in ihrer Forschung bzw. in Vorschlägen für den Schulunterricht um (Abschnitt 6).

4.1. Migration, Gesellschaft und Politik neu denken

Naika Foroutan wurde oben bereits als eine jene*r Wissenschaftler*innen erwähnt, die nationale Gesellschaften neu denken. Im folgenden Kapitel fasst sie die Hauptthesen ihrer Monografie *Die postmigrantische Gesellschaft*, die 2019 wichtige Debatten auslöste, in einem Originalbeitrag zusammen. Ausgangspunkt sind die stark polarisierten Auseinandersetzungen über Migration in vielen europäischen Nationalstaaten sowie in der EU. Diese zählen sicher zu den großen Herausforderungen der gegenwärtigen Migrationsforschung, wie Gianni D'Amato erst kürzlich in einem Beitrag zur ersten Ausgabe der *Zeitschrift für Migrationsforschung* konstatierte, die sich dem Stand, den Herausforderungen und den Perspektiven der Migrationsforschung widmet ([D'Amato](#)

2021, 49). Foroutan postuliert, dass es in diesen Debatten gar nicht um Migration geht, sondern um die Anerkennung gesellschaftlicher Pluralität und damit die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen, die unter Ausgrenzung leiden, darunter Migrant*innen. Das wiederum wird nur offenbar, wenn man Migrant*innen als aktive Akteur*innen in dieser Auseinandersetzung sieht. Diese fordern vermehrt die Gleichheit ein, so Foroutan, die ihnen plurale liberale Demokratien versprechen, aber in der Realität aufgrund von Rassismus und Ausgrenzung nicht garantieren können. Die migrantischen Aktivist*innen erhalten inzwischen von vielen Nichtmigrant*innen Unterstützung für ihre Forderungen, sehen sich jedoch auch vermehrt mit Widerstand von Menschen konfrontiert, die sich gegen Migration aussprechen, aber nach der Auffassung von Foroutan in Wahrheit gegen Gleichberechtigung sind – und zwar nicht nur von Migrant*innen, sondern auch von anderen Marginalisierten wie Frauen oder Transmenschen –, weil sie um ihren privilegierten Status fürchten. D'Amato plädiert hier für eine Art Interessenausgleich: Man sollte auf die Forderungen derjenigen eingehen, die Migration beschränken wollen: „Denn es lässt sich kaum gegen die Interessen der Mehrheit dauerhaft Politik machen, sonst sucht sich letztere andere Interessenvertretungen.“ Gleichzeitig sollten „Minimalstandards“ eingeführt werden, „um Diskriminierungen zu vermeiden“ (D'Amato 2021, 49). Foroutan (2019, 151) dagegen zeigt mit ihren Daten, dass ein antipluralistischer Kurs zwar immerhin von gut einem Drittel der deutschen Bevölkerung, aber sicher nicht von einer Mehrheit vertreten wird, und dass nur ein Viertel der deutschen Bevölkerung Migration ablehnt (Foroutan 2019, 158). Vielmehr gibt es viele Menschen, die unentschieden zwischen den beiden Polen dieser Auseinandersetzung stehen, die es also vom Pluralismus zu überzeugen gilt (Foroutan 2019, 180–181). Dafür sei, so Foroutan, auch ein neues gemeinschaftliches Narrativ notwendig, das über die nationalen Narrative hinausweist, die die Ausgrenzung von Migrant*innen beinhalten (Foroutan 2019, 219–223). D'Amato dagegen hält solche Ideen für neoromantisch und setzt auf eine Bürgergesellschaft, die er sich als einen Raum vorstellt, in dem sich Menschen unabhängig von ihrer Herkunft in Vereinigungen oder Netzwerken treffen und austauschen (D'Amato 2021, 49).

Folgen wir Peter Scholtens Argumentation in seinem Beitrag, dann wird wohl beides nicht reichen, um dem komplexen Problem gerecht zu werden, mit dem wir es zu tun haben. Scholten versucht, die neuesten Erkenntnisse der Migrationsforschung, die aus den oben beschriebenen Paradigmenwechseln resultieren, in die Politikgestaltung zu den Themen Migration und Integration einzubringen. Er behauptet in gewisser Weise, dass man die sogenannte Flüchtlingskrise und damit auch die polarisierten Debatten über Migration hätte vermeiden können, wenn sich die politischen Akteur*innen der Komplexität von Migration und Integration bewusst gewesen wären und die Politik dementsprechend gestaltet hätten. Dass das nicht geschehen ist, habe nicht nur damit zu tun, dass man neue Verstärker von Migrationsursachen wie den Klimawandel lange einfach ignoriert habe, sondern sei zudem mit institutionellen Pfadabhängigkeiten,

Klientelpolitik und einer „Entfremdung“ der Politikprozesse von tatsächlichen sozialen Entwicklungen in der Migrationsgesellschaft zu erklären. Scholtens schlägt als Maßnahme das „Mainstreaming“ von Migration und Diversität im Prozess der Politikformulierung und -implementation vor. Damit meint er, dass diese nicht mehr als sektorale Probleme aufgefasst und isoliert werden, sondern als Querschnittsmaterie in ihren globalen und gesamtgesellschaftlichen Bezügen bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigt werden sollen. Darüber hinaus müsse Politik als ein Prozess verstanden werden, der sich immer wieder den neuen Erkenntnissen anpasse. Was das heißen könnte, hat die Covid-19-Politik der letzten zwei Jahre gezeigt, bei der Komplexitätsforscher fortwährend auf der Basis der neuesten Erkenntnisse Zukunftsszenarien berechnet haben, um der Politik eine Grundlage für ihre Entscheidungen zur Verfügung zu stellen. Ganz in diesem Sinne kommt in Scholtens Modell der Migrationsforschung eine wichtige Rolle in einer komplexen Politikgestaltung zu, würde sie doch das notwendige Wissen liefern, auf dessen Basis politische Maßnahmen ergriffen werden. Das bedeute aber auch, dass sich die Wissenschaft weiterentwickeln müsse, indem sie das vorhandene Wissen stärker bündelt und dieses immer wieder daraufhin überprüft, wo die blinden Flecken liegen. Nur so ließe sich vermeiden, dass dem produzierten Wissen unreflektierte Annahmen zu Grunde liegen, wie zum Beispiel ein nationalistischer Integrationsdiskurs. Schließlich müsse auch die Politik einen Wandel vollziehen, indem sie sich auf reflexive Dialoge mit der Wissenschaft einlässt, anstatt ihr eigenes Wissen zu generieren, um damit ihre politischen Ansätze zu bestätigen, wie oben in Bezug auf das ÖIF-Jahrbuch beschrieben wurde. So könnte die Politik zum Beispiel jetzt schon aus wissenschaftlichen Erkenntnissen lernen, dass es nicht reichen wird, immer mehr Geld in die Kontrolle von Migration zu investieren, wenn das Ziel sein soll, dass sich das Jahr 2015 nicht wiederholt, wie immer wieder betont wird ([Haas et al. 2019](#)). Die Migrant*innen, die man mit diesen Maßnahmen fernhalten will, finden ihre Wege, solange die Ursachen für Migration existieren. Notwendig ist daher ein besseres Verständnis dieser Ursachen.

4.2. Migration und globale soziale Ungleichheit

Die transnationale und postkoloniale Forschung hat den Blick auf die Herkunftsländer insofern verändert, als die Entwicklungen in diesen Ländern nicht mehr als unabhängig von den Zielländern betrachtet werden. Europa ist spätestens seit der Kolonialisierung eng verflochten mit den Ländern, aus denen heute Menschen nach Europa migrieren. Die Eroberung, Unterdrückung und Ausbeutung ganzer Kontinente sowie der Rassismus, der all dem zugrunde lag, prägen bis heute die globalen Hierarchien und bestimmen, wer sich in dieser Welt frei bewegen kann und wer zur Immobilität verdammt ist (Mayblin/Turner 2021). Europa ist also nicht das unschuldige Opfer einer Migration, deren Gründe allein in den Herkunftsländern zu suchen sind. Der Kontinent und seine Menschen tragen nicht nur aus historischer Perspektive Verantwortung für diese Migra-

tion, sondern bewirken auch mit ihrem gegenwärtigen Handeln, dass Menschen nach Europa einwandern wollen bzw. ihre Heimat verlassen müssen. Europa war lange ein Auswanderungskontinent, hat sich aber seit 1945 zu einem Einwanderungskontinent entwickelt. Das hängt eng mit dem gestiegenen Arbeitskräftebedarf zusammen, der nach Meinung von Haas et al. (2019, 897) die Hauptursache für Migration nach Europa ist. Diese findet übrigens zum Großteil legal statt – selbst diejenige aus Afrika nach Europa –, auch wenn die politische und mediale Darstellung einen anderen Eindruck erweckt (Haas et al. 2019, 907). Aber selbst jene, die keinen legalen Status in Europa haben, sind begehrte Arbeitskräfte, zum Beispiel in der italienischen bzw. spanischen Untergrundökonomie, unter anderem auf Obstplantagen, die den gesamten europäischen Raum beliefern (Talani 2019; Neuhauser 2020). Gleichzeitig sind auch die Ursachen von Migration in den Herkunftsländern nicht unabhängig vom europäischen Handeln zu betrachten. Man denke nur an den Klimawandel, der von den Ländern des Globalen Nordens angefangen wurde, dessen Folgen aber lange hauptsächlich von den Ländern des Globalen Südens getragen wurden. Eine der zentralen Fragen, die die Migrationsforschung vor diesem Hintergrund stellt, ist jene nach dem Zusammenhang zwischen globaler sozialer Ungleichheit und Migration (Weiss 2017). Eine Hypothese diesbezüglich lautet, dass Auswanderung als Antwort auf globale soziale Ungleichheit verstanden werden kann (Faist 2021). Das gilt nicht nur für die Migration in den Globalen Norden, sondern schon bei Wanderungen aus meist ländlichen Gebieten in Städte im Globalen Süden, die den weitaus größeren Teil weltweiter Wanderungen ausmachen.

In den vergangenen Jahren wurde in diesem Kontext vor allem am Beispiel Syrien untersucht, ob der Klimawandel einer der Gründe für soziale und politische Konflikte ist, die im schlimmsten Fall mit Gewalt enden und dann weitere auch internationale Migration – unter anderem in den Globalen Norden – zur Folge haben. Mit anderen Worten: Man versuchte zu verstehen, ob der Klimawandel, der hauptsächlich von der CO₂-Produktion im Globalen Norden ausgelöst wurde, eine der Ursachen für die sogenannte Flüchtlingskrise im Jahr 2015 war – betont sei hier das Wort eine, denn natürlich waren zentrale Ursachen die politische Unterdrückung in Syrien, gegen die die Bevölkerung aufbegehrte, und der Krieg, mit dem das Regime auf dieses Aufbegehren reagierte. In diesem Kontext ist das Kapitel des internationalen Autor*innenteams Vally Koubi, Quynh Nguyen, Tobias Böhmelt und Gabriele Spilker zu verorten, das sich allerdings, anders als die bisherigen Studien, mit Kenia befasst. Dabei versuchen die Wissenschaftler*innen herauszufinden, ob tatsächlich diejenigen stärker zu sozialem und politischem Protest sowie zu Gewalt neigen, die vom Klimawandel aus ihrer Heimat vertrieben werden, als diejenigen, die zum Zweck des sozialen Aufstiegs in die Städte gehen. Ihre Daten bestätigen diese These – sie trifft vor allem auf Menschen zu, die vom Klimawandel besonders betroffen sind. Die Forscher*innen plädieren deshalb dafür, dass die Politik sich darauf konzentrieren sollte, dieser Gruppe die Integration in

die Städte zu erleichtern – nicht nur um ihr einen Neuanfang zu ermöglichen, sondern auch, um Konflikte und Gewalt zu verhindern.

Doch Migration lässt sich nicht allein mit relativer Armut, Klimawandel und bewaffneten Konflikten erklären. Schließlich führen, so Belachew Gebrewold, der am Management Center Innsbruck Internationale Beziehungen unterrichtet, wirtschaftliche und politische Entwicklungen in den ärmsten Staaten bis zu einem gewissen Punkt eher zum Anstieg als zum Rückgang der Auswanderung (viertes Kapitel). Gebrewold nimmt dieses Paradox zum Anlass, die anhaltenden Wirkungen der Kolonialgeschichte und des in sie eingeschriebenen Rassismus zu berücksichtigen. Er deutet Migration von Afrika nach Europa als einen psychologisch motivierten Akt der Selbstbehauptung gegenüber ehemaligen Kolonialmächten im Sinne eines „migro, ergo sum“. Damit erweitert der Autor die Frage nach der Bedeutung globaler sozialer Ungleichheit für Migration um die historische Dimension. Migration sei eine der Möglichkeiten, die Anerkennung als Mensch wiederzugewinnen, die man im Prozess der Kolonisation verloren habe, so der Autor. Mit diesem Ansatz zur Erklärung von Migration aus einer postkolonialen Perspektive verortet sich Gebrewold in einer wissenschaftlichen Debatte, die in der Migrationsforschung erst im letzten Jahrzehnt angestoßen wurde (Mayblin/Turner 2021, 27), bei der Beantwortung der Frage, ob Auswanderung eine Antwort auf globale Ungleichheit sein kann, aber nicht unberücksichtigt bleiben darf.

Der letzte Beitrag in diesem Abschnitt, vorgelegt von Leyla Safta-Zecheria, liefert dagegen Beweise dafür, dass die Reaktion auf globale soziale Ungleichheit nicht immer Auswanderung sein muss, insbesondere wenn eine lange Geschichte der Auswanderung in der lokalen Bevölkerung die Erkenntnis hat wachsen lassen, dass Emigration nicht zur Lösung der lokalen Probleme beiträgt, sondern diese noch vertieft. Safta-Zecheria untersucht, wie Emigration das Weltbild Jugendlicher und junger Erwachsener in Suceava, einer ökonomisch peripheren Region im Nordosten Rumäniens, prägt. Sie wählt dafür einen partizipativen Ansatz, der visuelle und künstlerische Methoden nutzt, um das Wissen der Menschen, um die es geht, in die Forschungsergebnisse einfließen zu lassen und es gleichzeitig für sie selbst und ihr Handeln relevant zu machen. Die Ergebnisse zeigen, wie sehr die Jugendlichen und jungen Erwachsenen Emigration nicht nur als Folge des postsozialistischen Abstiegs ihrer Kleinstadt wahrnehmen. Ihrer Meinung nach wird dieser Abstieg durch die Emigration noch verschärft und die Stadt damit über kurz oder lang zur Geisterstadt. Auch auf individueller Ebene nehmen sie Emigration nicht als Lösung der ökonomischen Probleme wahr, sondern als eine Form der Ausbeutung, die vielleicht auf den ersten Blick materielle Vorteile bringt, aber langfristig nicht den erwarteten Aufstieg zur Folge hat. Diesen erhoffen sie sich vielmehr von einer guten Bildung. Safta-Zecherias Forschungsergebnisse sind nicht repräsentativ. Dennoch verweisen sie darauf, dass in Rumänien eine Generation nachwächst, für die die Migration nach Westeuropa bei Weitem nicht mehr die Attraktivität besitzt wie

noch für ihre Eltern und Großeltern. Ob dieser Sinneswandel Auswirkungen auf die tatsächliche Emigration haben wird, bleibt abzuwarten.

4.3. Konzeptionen von Flucht in Rechtsprechung, Verwaltung und Politik

Wie oben ausgeführt wurde, wird Migration heute in der Forschung weniger als selbstverständliche Kategorie, sondern als sozial konstruiert wahrgenommen, und zwar meist im jeweiligen nationalen Kontext. Das gilt auch für Flucht und Asyl, selbst wenn in diesem Fall mit der Genfer Flüchtlingskonzeption internationale Rahmenbedingungen vorliegen, die die Grundlage der nationalen und europäischen Flüchtlingspolitik bilden. Doch die Konvention deckt mit ihrem engen Fokus auf die Verfolgung ethnischer und religiöser Minderheiten bei weitem nicht alle Fluchtgründe ab. So flüchten viele Menschen inzwischen vor dem Klimawandel. Das wird jedoch in vielen Ländern des Globalen Nordens mit Verweis auf die Flüchtlingskonvention nicht als Asylgrund anerkannt. Diese Argumentation wird mit politischen Narrativen untermauert, die den Anspruch von Flüchtlingen auf Unterstützung per se delegitimieren. Das heißt allerdings nicht, dass das Problem damit gelöst ist – es wird lediglich ignoriert, um mit Peter Scholten zu sprechen.

Die drei Beiträge in diesem Abschnitt sind in diesen Auseinandersetzungen zu verorten. Die ersten beiden befassen sich mit vulnerablen Gruppen, die nicht von der Flüchtlingskonvention erfasst sind, deren Mitglieder aber dennoch als Flüchtlinge nach Europa kommen. Den Autor*innen geht es darum, nachzuvollziehen, inwiefern diese Realität in der Rechtsprechung und der Verwaltung Niederschlag findet, wie sehr also das Problem von den Akteur*innen, die in ihrer Tätigkeit mit dieser Realität konfrontiert sind, als solches wahrgenommen wird. Margit Ammer, Monika Mayrhofer und Florian Hasel konzentrieren sich auf die Frage, inwieweit die steigende Zahl der Klimaflüchtlinge Spuren in den österreichischen Asylentscheidungen hinterlassen hat. Der Klimawandel gilt weder im internationalen noch im nationalen österreichischen Recht (anders als zum Beispiel in Schweden) als Fluchtgrund. Das konnten auch verschiedene internationale und regionale Initiativen bisher nicht ändern. Doch der bestehende rechtliche Rahmen erlaubt es, den Klimawandel neben anderen Faktoren wie Geschlecht, Familienstatus, Einkommen und Gesundheitszustand bei der Vergabe eines subsidiären Schutzstatus zu berücksichtigen. Ammer, Mayrhofer und Hasel belegen, dass das bei Asylentscheidungen in den vergangenen Jahren zunehmend der Fall ist, dass also die konkrete Spruchpraxis auf die sich verändernde Fluchtmigration reagiert, auch wenn sich die rechtlichen Normen (noch) nicht gewandelt haben.

Im darauffolgenden Beitrag konzentriert sich Victoria Reitter auf Staatenlose, eine Gruppe, die in der öffentlichen Debatte über Flucht und Asyl weit weniger Aufmerksamkeit erhält als Klimaflüchtlinge. Reitter argumentiert jedoch, dass gerade diese Gruppe als besonders vulnerabel gelten kann, ist doch die Wahrung der Menschenrechte auch heute noch an die Staatsbürgerschaft gebunden. Die Autorin beleuchtet aus einer

vergleichenden Perspektive, wie organisationale Strukturen der Verwaltung auf die Herausforderung reagieren, dass mit steigender Migration auch die Zahl der Staatenlosen in der Europäischen Union zunimmt. Sie arbeitet mittels eines ethnografischen Ansatzes sowie anhand von Expert*innen- bzw. Eliteninterviews heraus, dass in den Institutionen, die in Österreich und Spanien für die Feststellung von Staatenlosigkeit verantwortlich sind, die Vulnerabilität von Staatenlosen bisher kaum wahrgenommen wird. Deswegen wird diesen Personen auch selten ein Schutzstatus aufgrund ihrer Staatenlosigkeit zugesprochen. Einzige Ausnahme sind die Sahrawis aus der Westsahara, denen sich Spanien aufgrund seiner Kolonialgeschichte verbunden fühlt. In Österreich dagegen wird Staatenlosigkeit erst im Rahmen von Abschiebungen relevant und kann dazu führen, dass zumindest eine Duldung erwirkt wird – aber nur, wenn die betroffene Person mit den Behörden kooperiert.

Diese strikten Grenzziehungen, die die obigen Beispiele verdeutlichen, gehen einher mit politischen Narrativen, die Flüchtlinge zu delegitimieren versuchen, denen aber – unter anderem vonseiten der Kirche – in vielen Ländern vehement widersprochen wird. Julia Mourão Permoser zeigt im neunten Kapitel, wie sehr diese Auseinandersetzung inzwischen eine moralische Dimension angenommen hat, in der es um grundlegende Werte liberaler Demokratien geht. Als Beispiel hat sie die politischen Angriffe auf die deutsche Kirchenasylbewegung gewählt, deren Anfänge bis in die 1980er-Jahre zurückreichen, die sich aber im Zusammenhang mit den steigenden Flüchtlingszahlen seit 2014 und der restriktiver werdenden Flüchtlingspolitik vermehrt für Menschen einsetzte, die von Abschiebung bedroht waren. 2015 wurde daher ein Vertrag zwischen Staat und Kirche geschlossen, in dem sich der Staat verpflichtet, das Kirchenasyl zu tolerieren, solange die Kirche sich administrativen Auflagen beugt. Mourão Permoser weist nach, dass die politischen Akteur*innen diese Auseinandersetzung zu einer moralischen Debatte über Rechtsstaatlichkeit und die Trennung von Kirche und Staat stilisieren, sich aber selbst nicht an diese Prinzipien halten, da sie der Kirche im Rahmen der genannten Vereinbarung staatliche Aufgaben übertragen und ihr, sobald sie diese Aufgaben erfüllt, Rechtsbrüche vorwerfen, die sich rechtlich als nicht haltbar erweisen. Die Autorin liefert damit nicht nur empirisches Material für Foroutans These, dass es bei den polarisierten Auseinandersetzungen über Migration gar nicht um Migration geht. Sie zeigt auch, wie die Politik die Auseinandersetzung auf moralische Aspekte verlagert, um menschenrechtlichen Argumenten auszuweichen.

4.4. Integration und Organisationen: Herausforderungen und Veränderungsprozesse

Die Beiträge in diesem und im folgenden Abschnitt widmen sich der Herausforderung, Integration in ihrer Komplexität – zwischen strukturellen Bedingungen und individueller Handlungsmacht – zu betrachten. Allen Beiträgen ist gemein, dass sie Integration nicht, wie in vielen bisherigen Studien, als einen Prozess betrachten, in dem Migrant*innen

sich einem nationalen Kontext anpassen – der, wie oben bereits erläutert wurde, ja nur ein Konstrukt ist. Vielmehr untersuchen sie jene Dimensionen des Integrationsprozesses, die aus dieser Perspektive unberücksichtigt geblieben sind. Die folgenden drei Beiträge befassen sich mit der Frage, welche Rolle Organisationen für die sozialstrukturelle Integration von Migrant*innen spielen.

Die Forschung zur Rolle von Organisationen für den Migrations- und Integrationsprozess aus organisationstheoretischer Perspektive steht noch am Anfang ([Lang/Pott/Shinozaki 2021](#)). Das belegt auch das erste Kapitel in diesem Abschnitt. Das interdisziplinäre Linzer Forschungsteam Almina Bešić, Erna Szabo, Nicole Kronberger und Olga Kostoula bietet einen systematischen Überblick über die bisherige Forschung zur Bedeutung von Organisationen wie Jobvermittlungen, Hilfsorganisationen und Arbeitgebern für die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt. Dabei konstatieren die Autorinnen grundsätzlich einen Mangel an Studien, denn auch wenn sich die Forschung seit der sogenannten Flüchtlingskrise im Jahr 2015 vermehrt mit der Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt befasst hat, liegt der Schwerpunkt dabei weiterhin hauptsächlich auf den Migrant*innen und daneben auf makroökonomischen Fragen. Nur im Ausnahmefall geht es um die am Prozess der Integration beteiligten Organisationen. Die Autorinnen sehen aber nicht nur insgesamt einen großen Bedarf an Forschung zu diesem Bereich, sondern identifizieren in der bestehenden Forschung auch einige Lücken. Nicht beleuchtet wird einerseits die Handlungsmacht der Geflüchteten, die in organisatorischen Prozessen oft als passiv wahrgenommen werden. Andererseits fokussiert die Forschung auf Westeuropa, wo aber nur eine Minderheit von Flüchtlingen unterkommt.

Dass staatsnahe Institutionen sich bisher kaum an die demografische Veränderung der Gesellschaft durch Migration angepasst haben, zeigt der Text von Clara Holzinger und Anna-Katharina Draxl zum Wiener Arbeitsmarktservice (AMS), einer Institution, die für die Integration von Migrant*innen in den Arbeitsmarkt von entscheidender Bedeutung ist. Sie befassen sich konkret mit der Frage, wie das AMS – das von seiner Entstehungsgeschichte her eine monolinguale Institution ist – mit der sprachlichen Diversität seiner Klientel umgeht. Es geht ihnen also, um mit Bešić et al. zu sprechen, um die sprachlichen Wechselwirkungen zwischen Akteur*innen und Ebenen. Ihre Ergebnisse illustrieren, dass die Institution ihre Angestellten mit diesem Problem völlig allein lässt. Diese wiederum bestehen meist auf der monolingualen Praxis – zum Nachteil all derer, die nicht über ausreichende Kenntnisse der deutschen Amtssprache verfügen. Dennoch gibt es auch Anzeichen für Veränderungen: Einerseits nimmt die Zahl der mehrsprachigen Mitarbeiter*innen zu; andererseits wurde als Reaktion auf die gestiegene Fluchtmigration im Jahr 2015 eine mehrsprachige Beratung für (manche) Geflüchtete eingerichtet.

Allerdings kann solch ein Wandel durch Krisen angetrieben werden, wie das darauffolgende Kapitel von Rahel M. Schomaker, Jana Otto, Michael W. Bauer und Veronika

Ruf zeigt. Sie untersuchen, wie die kommunalen Verwaltungen in Deutschland und Österreich auf die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 und 2016 reagierten. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie sich die Praktiken der Verwaltung angesichts der Herausforderung veränderten. Ihre Ergebnisse, die sich primär auf eine Befragung des Verwaltungspersonals stützen, machen deutlich, dass notwendige Anpassungen auf der kommunalen Ebene rasch stattfanden und gleichzeitig informelle und formelle Netzwerke strategisch erarbeitet bzw. ausgebaut wurden. Dabei entwickelten sich die Netzwerke über verwaltungsorganisatorische Strukturen hinaus, um so das Engagement der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in der „Krisenbewältigung“ zu intensivieren. Dass solche Strukturen jetzt bereits existieren, wird für den Umgang mit der Flucht aus der Ukraine, die im Verlauf der Verfassung dieses Textes einsetzte, sicher von Vorteil sein, denn gerechnet wird mit bis zu 10 Millionen Flüchtlingen – der größten Zahl seit 1945 ([Raffetseder 2022](#)).

4.5 Integration zwischen Struktur und Individuum

In den folgenden drei Beiträgen rückt die individuelle Dimension von Integrationsprozessen mehr ins Zentrum. Dabei geht es nicht nur um die Handlungsmacht von Individuen angesichts von Diskriminierung, sondern auch um die Verhandlung individueller Identität und Zugehörigkeit vor dem Hintergrund fragiler Herkunft und ausgrenzender Nationalnarrative. Wie wirken sich die strukturellen Bedingungen, wie sie insbesondere durch staatliche und städtische Institutionen hergestellt werden, auf den individuellen Integrationsprozess aus? Josef Kohlbacher befasst sich diesbezüglich mit einer besonders vulnerablen Gruppe – Geflüchteten aus Afghanistan – und einem Aspekt der sozialstrukturellen Integration, der in Bezug auf die rezente Flucht nach Europa, anders als die Arbeitsmarktintegration, noch wenig Aufmerksamkeit erfahren hat: die Wohnintegration. Dabei liegt der Fokus auf Wien, wo die meisten afghanischen Geflüchteten, die um 2015 nach Österreich kamen, inzwischen leben. Der Autor zeigt eindrücklich, wie ein staatliches und städtisches Regelwerk aus Bestimmungen zu Asyl und dem Zugang zum Wohnungsmarkt die Wohnintegration für Geflüchtete nahezu unmöglich macht: Nach dem positiven Asylbescheid müssen Geflüchtete innerhalb von vier Monaten eine eigene Wohnung finden. Dabei steht ihnen meist nur sehr wenig Geld zur Verfügung, weil sie als Asylwerber*innen nicht arbeiten dürfen und nach dem Asylbescheid nicht immer gleich eine Arbeit finden. Gerade für diese Gruppe, so könnte man denken, wäre der soziale Wohnbau eine ideale erste Anlaufstelle. Doch der Zugang zu Gemeindewohnungen ist stark reglementiert, ganz abgesehen von langen Wartezeiten. So stehen Geflüchtete vor der Herausforderung, mit ihren geringen finanziellen Mitteln auf dem privaten Wohnungsmarkt – auf dem die Preise enorm gestiegen sind – innerhalb kürzester Zeit eine Wohnung zu finden. Afghanische Geflüchtete sind zudem stark mit Rassismus und Ausgrenzung konfrontiert. Das gilt seit dem Ende der Willkommenskultur insbesondere für junge Männer. Gleichzeitig

jedoch weist Kohlbacher nach, dass auch diese besonders vulnerable Gruppe über Handlungsmacht verfügt, und zwar vor allem aufgrund eines sozialen Netzwerks, das nicht nur aus anderen Personen aus Afghanistan besteht, sondern auch aus Österreicher*innen. Diese Kontakte sichern ihnen Unterstützung bei der Wohnungssuche sowie zum Beispiel bei der Finanzierung hoher Kautionen.

Doch Integration ist weit mehr als nur ein sozialstruktureller Prozess. Sie beinhaltet zudem Aushandlungen von Identitäten und Zugehörigkeiten vor einem komplexen Hintergrund. Auch in diesem Forschungsbereich wurde die Idee der natürlichen Verwurzelung von Menschen in einer Nation anfangs als gegeben hingenommen. Damit waren Probleme in der Identitätskonstruktion von Migrant*innen sozusagen vorprogrammiert, lebten sie doch nicht in der Nation, der sie nach dieser Vorstellung angehörten. Als Ursache wurde also per se die Migration gesehen. Inzwischen richtet sich der Blick jedoch vermehrt auf die strukturellen Bedingungen und die nationalen Narrative, die auf Migrant*innen im Prozess der Identitätskonstruktion einwirken und psychische Probleme zur Folge haben können. Das gilt für Erfahrungen von Krieg und Flucht genauso wie für einen unsicheren legalen Status, einen eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt und die nationalen Grenzziehungen, wie sie in tagtäglichen Begegnungen, aber auch in institutionellen Strukturen zum Ausdruck kommen können. Vor diesem Hintergrund befassen sich die folgenden Beiträge mit der Frage, welche individuellen neuen Identitätsnarrative in diesem Kontext entstehen. Sie betrachten also nicht nur den Einfluss der nationalen Narrative und Strukturen auf die Individuen, sondern berücksichtigen auch, wie diese den alltäglichen Herausforderungen ihre eigenen Narrative entgegensetzen, die nicht per se ethnisch motiviert sein müssen, wie oft angenommen wird. Damit bieten sie neue Einblicke in die sich wandelnden gesellschaftlichen Machtverhältnisse, auf die eben auch Migrant*innen Einfluss nehmen.

Lale Yildirim diskutiert in ihrem Beitrag, welchen Einfluss die Schule auf die Identitätskonstruktion der Enkel der sogenannten türkischen Gastarbeiter*innen hat, die in Deutschland geboren wurden und oft die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Die Autorin zeigt, dass diese in der Schule, die seit dem 19. Jahrhundert junge Menschen zu Staatsbürger*innen erzieht, nicht als Teil der deutschen Gesellschaft wahrgenommen werden. Im Geschichtsunterricht werden sie durch die Art, wie Geschichte gelehrt wird, als Andere markiert und außerhalb der Gesellschaft positioniert. Auch ihre Lehrer*innen und Mitschüler*innen sehen sie nicht als Deutsche. Gleichzeitig können sie sich nicht auf die türkische Identität zurückziehen, die ihnen in der Schule zugeschrieben wird, denn auch in der Türkei werden sie als Fremde behandelt. Die Konsequenz dieser Erfahrungen, so Yildirim, ist, dass diese jungen Menschen eine Diasporaidentität entwickeln. Sie verorten sich in einem Niemandland und erzählen ihre Geschichte als Diasporageschichte, also als Fortsetzung der Auswanderung ihrer Großeltern. Yildirim zeigt, welche Verunsicherung diese Verortung für die Jugendlichen bedeutet, die sich zudem mit dem Vorwurf konfrontiert sehen, sich nicht integrieren zu wollen. Dabei

werden sie in Wahrheit von nationalen Grenzziehungen zu einer Positionierung als Andere gezwungen. Die Autorin fordert dementsprechend eine Auseinandersetzung mit dem Rassismus von Geschichtsschreibung und einen Geschichtsunterricht, der transkulturelles und plurales Denken fördert.

Im Beitrag von Ana Mijić wird diese Beobachtung zum Teil bestätigt, befasst sie sich doch unter anderem mit der Identitätskonstruktion einer Person, die noch vor dem Schuleintritt mit ihrer Familie vor dem Krieg aus Bosnien fliehen musste und in Österreich sozialisiert, aber nie vollständig als zugehörig akzeptiert wurde. Auch Mijić sieht in dieser Abweisung ein zentrales Problem. Sie interessiert sich jedoch stärker als Yildirim für die transnationale Dimension der Identitätskonstruktion und bezieht zudem den Aspekt des Alters zum Zeitpunkt der Migration in ihre Analyse ein. Dank dieses komplexen Zugangs kann Mijić zeigen, dass die ausschließliche Fokussierung auf ethnische Gruppen, wie sie lange in der Migrationsforschung vorherrschte, übersieht, wie stark sich die Identitätskonstruktionen selbst zwischen zwei Personen unterscheiden können, die aus demselben Ort stammen, beide Bosniaken und muslimisch sind, zur gleichen Zeit fliehen und nach Österreich kommen. Während die eine als Jugoslawin aufgewachsen war, sich schon in der Schule politisch engagierte und gerade ein Studium beginnen wollte, als sie sich plötzlich in Österreich als Reinigungskraft wiederfand und dieser kompletten Destabilisierung ihres Selbstbildes ein Leistungsnarrativ entgegensetzte, um für sich wieder einen Platz in der Welt zu finden, war die zweite von Kind an mit Ausgrenzung konfrontiert und versucht nicht nur mit aller Kraft, eine „richtige“ Österreicherin zu sein, sondern zimmert sich zudem eine Vorstellung von bosnischer Identität zurecht, der sie gerecht werden kann. Der Beitrag von Mijić treibt damit die Entmigrantisierung der Migrationsforschung voran, wie sie abschließend beschrieben werden soll.

4.6. Entmigrantisierung von Migrationsforschung und Bildung

Die Entmigrantisierung der Migrationsforschung und die Migrantisierung der Gesellschaftsforschung sind zentrale Forderungen von Wissenschaftler*innen, die die Migrationsforschung kritisieren. Dabei geht es nicht darum, die Dimension Migration bzw. Ethnizität in der Forschung zu ignorieren, sondern darum, Migrant*innen bzw. ethnische Minderheiten nicht mehr per se als unterschiedlich von der sie umgebenden Gesellschaft wahrzunehmen (Bojadžijev/Römhild 2014; Dahinden 2016). Wer also über Migrant*innen forscht, sollte sich der Tatsache bewusst sein, dass es sich dabei nicht um eine kohärente Gruppe handelt bzw. dass die Dimensionen Migration oder Ethnizität nicht immer unbedingt relevant sein müssen. Die letzten drei Beiträge demonstrieren, welche neuen Einblicke die Entmigrantisierung analytischer und methodischer Forschungsansätze in der Migrationsforschung bieten kann.

Christina Mittmasser wählt einen reflexiven Ansatz in ihrer Studie zu migrantischen Unternehmer*innen in Zürich. Diese gelten im öffentlichen Diskurs als Vorzeige-

migrant*innen, die mit ihren transnationalen Netzwerken und Erfahrungen innovative Unternehmensideen über nationale Grenzen hinweg entwickeln. Die Autorin sieht die Ursachen für diese romantisierende Wahrnehmung in der akademischen Debatte, die die Unterschiede innerhalb dieser Gruppe zu wenig reflektiert. Denn die gruppenbezogenen Bilder – die in diesem Fall positiver Natur sind – verstellen den Blick für die Hindernisse, mit denen sich viele Migrant*innen konfrontiert sehen, wenn sie Unternehmer*innen werden wollen. Mittmasser interessieren in diesem Zusammenhang vor allem die Beschränkungen der Mobilität. Dabei stellt sie zunächst fest, dass diese weit über die transnationalen Netzwerke im Herkunftsland hinausreicht, auf die sich die Forschung oft konzentriert. Vielmehr haben viele der Migrant*innen, mit denen sie gesprochen hat, im Verlauf ihres Lebens in mehreren Ländern gelebt und nutzen all diese Netzwerke und Erfahrungen, wenn sie Unternehmen gründen. Allerdings zeigt sich, dass diese nur von denjenigen voll genutzt werden können, die in ihrer Mobilität nicht rechtlich oder durch familiäre Verpflichtungen eingeschränkt sind. Frauen mit Kindern sind bei Weitem nicht so mobil wie Frauen ohne Kinder bzw. Männer, da die Hauptlast der Kinderbetreuung oft auf ihren Schultern liegt. Noch sehr viel schwerer ist die Ausgangslage jedoch für Geflüchtete mit unsicherem Status – nicht nur, weil sich die Ausreise aus der Schweiz für sie als schwierig erweisen kann, sondern auch, weil sie die Netzwerke in dem Land, aus dem sie geflüchtet sind, nur sehr begrenzt nutzen können.

Christoph Kühberger demonstriert in seiner Studie einen reflexiven Umgang mit der Kategorie Migrationshintergrund. Diese kann, muss aber nicht automatisch relevant sein, so seine Hypothese. Kühbergers Interesse gilt der Frage, wie Kinder sich historisches Wissen aneignen, und zwar nicht in der Schule, sondern im tagtäglichen Leben. Um diese informellen historischen Lernprozesse zu erforschen, hat er sich in den Lebensraum der Kinder, ihre Kinderzimmer, begeben. Die Objekte, die sich in diesen Zimmern finden, hat er in seinen ethnografischen Studien zum Anlass genommen, Kinder zu ihrem historischen Wissen zu befragen. Seine Ergebnisse zeigen, dass Kinder mit Migrationshintergrund nicht automatisch anderen historischen Narrativen ausgesetzt sind als ihre Freund*innen ohne Migrationshintergrund. Ritter und Dinosaurier spielen für Buben beider Gruppen eine wichtige Rolle. Kühberger hat jedoch häufig wahrgenommen, dass die Kinder Objekte, von denen sie wissen, dass sie nicht als österreichisch gelten, als nicht relevant abtun. Das gilt zum Beispiel für Bücher und Filme in einer anderen Sprache als Deutsch. Die Kinder haben also schon gelernt, dass Teile ihrer Existenz für die Dominanzgesellschaft irrelevant sind. Seltener sind in Kühbergers Sample – das nicht repräsentativ ist – eindeutige Verweise auf die Geschichte des Herkunftslandes der Eltern. Dabei wird offenbar, wie wenig die Kinder diese einzuordnen wissen. So wächst in seinem Beispiel ein Mädchen mit nationalistischen Narrativen aus der Türkei auf, ohne dass ihm eine kritische Perspektive auf diese eröffnet wird, denn in der Schule wird türkische Geschichte nicht thematisiert. Ebenso wie Yildirim verweist

Kühberger darauf, dass solche Erkenntnisse für eine Neuorientierung des Geschichtsunterrichts sprechen, in dem auch das informelle historische Wissen der Kinder zur Sprache kommen sollte.

Vera Sperisen und Simon Affolter schließlich entwerfen die Vision eines Schulunterrichts, in dem Schüler*innen nicht mehr als „Migrationsandere“ (Dirim/Mecheril 2010) markiert werden, ohne dass die soziale Ungleichheit, wie sie in familiären, sozialen, geschlechtlichen und politisch-rechtlichen Unterschieden zum Ausdruck kommt, ignoriert wird. Den Ausgangspunkt ihrer Überlegungen bildet eine Studie, die sich mit dem Unterricht zum Themenbereich Migration – Integration – Flucht in der Deutschschweiz befasst. Die Autor*innen berichten von dem Dilemma, dass sich dieses Thema in der Theorie hervorragend für grundrechtsbasierte und antirassistische Bildung eignet, aber in der Praxis oft zu Grenzziehungen gegenüber all jenen Schüler*innen führt, die bzw. deren Familien eine Migrationsbiografie aufweisen. Sperisen und Affolter haben mit der „Differenzierung zur Teilhabe“ ein Konzept entwickelt, mit dem Lehrende diesem Dilemma begegnen können. Dieses Konzept sieht eine grundsätzliche Gleichbehandlung aller Schüler*innen vor, bei der jegliche Festschreibung auf nationale oder kulturelle Identitäten vermieden wird. Das beinhaltet, dass Migrationsgeschichte nicht als Geschichte der Menschen in der Klasse gelehrt wird, die selbst eine Migrationsbiografie haben, sondern in diesem Fall als Schweizer Geschichte, die alle Personen in der Schweiz betrifft. Gleichzeitig sollte darauf geachtet werden, dass allen Schüler*innen unabhängig von Klasse und Herkunft Respekt entgegengebracht und gleichberechtigte Partizipation ermöglicht wird. Die Autor*innen des Kapitels räumen ein, dass für eine vollständige Umsetzung dieses Konzepts Änderungen auf allen Ebenen von der Bildungspolitik bis hin zur Unterrichtspraxis notwendig wären. Dennoch können Lehrer*innen diese Ideen auch im gegebenen Rahmen anwenden, indem sie ihren Unterricht und die Schule zu einem Raum machen, in dem für alle Schüler*innen gleichberechtigte Teilhabe gewährleistet ist, auch wenn sie zum Beispiel in der deutschen Sprache noch nicht ganz sicher sind oder aufgrund ihres legalen Status nicht an einer Klassenfahrt ins Ausland teilnehmen können.

Insgesamt spiegelt dieser Band die aktuellen und noch nicht abgeschlossenen, lebhaften *Prozesse* der Auseinandersetzung mit dem Thema Migration und Integration wider, die von den vielen Neuansätzen in der Migrationsforschung in den letzten Jahrzehnten angestoßen wurden. Allen ist gemein, dass sie Grenzziehungen nicht mehr als gegeben hinnehmen. Das gilt für jene zwischen Europa und den nichteuropäischen Räumen genauso wie für jene zwischen „Flüchtlingen“ und „ökonomischen Migrant*innen“ oder jene zwischen Menschen, die sich zu „integrieren“ haben, und allen anderen, die per se als integriert gelten. Die Beiträge illustrieren, wie sich mit postkolonialen, postmigrantischen und entmigrantisierten Ansätzen das Forschungsinteresse verlagert. Die Aufmerksamkeit gilt nicht mehr den Fragen, wer die Migrant*innen sind und wie gut

sie integriert sind. Ins Zentrum treten vielmehr gesellschaftliche Veränderungen durch Migration in Europa, Verbindungen zwischen Herkunfts- und Zielgesellschaften von Migration, Ungleichheiten in der globalen Mobilität und Integration als eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

Danksagung

Wir möchten uns bei all jenen bedanken, die zum Gelingen der 6. Jahrestagung für Migrations- und Integrationsforschung in Österreich und zur Entstehung und Publikation dieses Bandes beigetragen haben. Unser besonderer Dank gilt allen Vortragenden, Diskutant*innen und Moderator*innen, die die Jahrestagung zu einem Erfolg gemacht haben. Für ihr Engagement bei der Auswahl der Beiträge zur Tagung und die vielen Anregungen zur Tagungsgestaltung danken wir den Mitgliedern des Programmkomitees. Ganz besonders bedanken möchten wir uns bei Hanneke Friedl, die uns mit viel Engagement und großem organisatorischen Geschick bei der frühen Tagungsplanung unterstützt hat. Zudem danken wir den Autor*innen der Beiträge zu diesem Band für ihre Bemühungen und ihre Geduld. Dank gebührt außerdem allen institutionellen Unterstützer*innen der Tagung und der Publikation, insbesondere der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, der Universität Salzburg sowie dem Land und der Stadt Salzburg. Zuletzt sei allen gedankt, die zur Entstehung dieser Publikation beigetragen haben, insbesondere den anonymen Gutachter*innen, deren konstruktive Vorschläge wir gern aufgenommen haben, den Mitgliedern der Publikationskommission und den Mitarbeiter*innen des Verlags der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Bibliografie

- Ahmed, Sarah 2007: ‚A phenomenology of whiteness‘, *Feminist Theory*, Jg. 8, Nr. 2, 149–168. <https://doi.org/10.1177/1464700107078139>.
- Amelina, Anna 2021: ‚After the reflexive turn in migration studies: Towards the doing migration approach‘, *Population, Space and Place*, Jg. 27, Nr. 1, e2368. <https://doi.org/10.1002/psp.2368>.
- Anderson, Benedict 1991: *Imagined communities: Reflections on the origin and the spread of nationalism*, überarbeitete 7. Auflage, London.
- Bauböck, Rainer 1994: *Transnational Citizenship. Membership and Rights in International Migration*, Cheltenham, UK.
- Bauböck, Rainer 2010: ‚Studying Citizenship Constellations‘, *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Jg. 36, Nr. 5, 847–859.
- Bojadžijev, Manuela/Römhild, Regina 2014: ‚Was kommt nach dem „transnational turn“? Perspektiven für eine kritische Migrationsforschung‘, in Labor Migration (Hg.): *Vom Rand ins Zentrum: Perspektiven einer kritischen Migrationsforschung*, Berlin, 10–24.

- Broden, Anne/Mecheril, Paul 2007: ‚Migrationsgesellschaftliche Re-Präsentationen. Eine Einführung‘, in Anne Broden/Paul Mecheril (Hg.): *Re-Präsentationen: Dynamiken der Migrationsgesellschaft*, Düsseldorf 7–28. Abgerufen am 7. Februar 2022 unter <https://pub.uni-bielefeld.de/download/2306439/2306444/text.pdf>.
- D'Amato, Gianni 2021: ‚Mobilität in turbulenten Zeiten: Herausforderungen gegenwärtiger gesellschaftlicher Transformationen‘, *Zeitschrift für Migrationsforschung*, Jg. 1, Nr. 1, 35–53. <https://doi.org/10.48439/zmf.v1i1.96>.
- Dahinden, Janine 2016: ‚Migration im Fokus? Plädoyer für eine reflexive Migrationsforschung‘, in Jennifer Carvill Schellenbacher/Julia Dahlvik/Heinz Fassmann/Christoph Reinprecht (Hg.): *Migration und Integration – wissenschaftliche Perspektiven aus Österreich*, Jahrbuch 3/2106, Göttingen, 11–29.
- Dirim, İnci/Mecheril, Paul 2010: ‚Die Schlechterstellung Migrationsanderer. Schule in der Migrationsgesellschaft‘, in Paul Mecheril/María do Mar Castro Varela/İnci Dirim/Annita Kalpaka/Claus Melter (Hg.): *Migrationspädagogik*, Weinheim, 121–148.
- Ebrahimi, Nava 2017: *Sechzehn Wörter*, München.
- Exenberger, Andreas 2021: ‚Einwanderungskontinent Europa: Flüchtlingskrisen und Migrationsströme in wirtschafts- und sozialhistorischer Perspektive‘, in Wiebke Sievers/Rainer Bauböck/Christoph Reinprecht (Hg.): *Flucht und Asyl – internationale und österreichische Perspektiven*, Jahrbuch Migrationsforschung 5, Wien, 21–40. Abgerufen am 13. September 2021 unter <https://austriaca.at/9783700184969>.
- Faist, Thomas 2021: ‚Die transnationalisierte soziale Frage: Migration und soziale Ungleichheit‘, *Zeitschrift für Migrationsforschung*, Jg. 1, Nr. 1, 9–33. <https://doi.org/10.48439/zmf.v1i1.95>.
- Foroutan, Naika 2019: *Die postmigrantische Gesellschaft: Ein Versprechen der pluralen Demokratie*, Bielefeld.
- Glick Schiller, Nina/Basch, Linda/Szanton Blanc, Cristina 1995: ‚From immigrant to transmigrant: Theorizing transnational migration‘, *Anthropological Quarterly*, Jg. 68, Nr. 1, 48–63.
- Gutiérrez-Rodríguez, Encarnación 2016: ‚Sensing dispossession: women and Gender Studies between institutional racism and migration control policies in the neoliberal university‘, *Women's Studies International Forum*, Jg. 54, 167–177.
- Ha, Kien Nghi 2009: ‚Deutsche Integrationspolitik als koloniale Praxis‘, in Gabriele Dietze/Claudia Brunner/Edith Wenzel (Hg.): *Kritik des Okzidentalismus: Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht*, Bielefeld, 137–150.
- Haas, Hein de/Czaika, Mathias/Flahaux, Marie-Laurence/Mahendra, Edo/ Natter, Katharina/ Vezzoli, Simona/Villares-Varela, María 2019: ‚International Migration: Trends, Determinants, and Policy Effects‘, *Population and Development Review*, Jg. 45, Nr. 4, 885–922. <https://doi.org/10.1111/padr.12291>.
- Hafez, Farid 2021 (Hg.): *Das „andere“ Österreich: Leben in Österreich abseits männlich-weiß-heteronormativ-deutsch-katholischer Dominanz*, Wien.

- Hassan, Yahya 2014: *Gedichte*, Berlin.
- Hess, Sabine/Kasperek, Bernd/Schwertl, Maria/Sontowski, Simon 2015: ‚Europäisches Grenzregime: Einleitung zur ersten Ausgabe‘, *movements: Journal for Critical Migration and Border Regime Studies*, Jg. 1, Nr. 1. Abgerufen am 9. Februar 2022 unter <http://movements-journal.org/issues/01.grenzregime/02.einleitung.html>.
- Kohlenberger, Judith 2021: *Wir*, Wien.
- Kosnick, Kira 2021: ‚Decolonizing migration studies? Thinking about migration studies from the margins‘, *Zeitschrift für Migrationsforschung*, Jg. 1, Nr. 2, 73–95. <https://doi.org/10.48439/zmf.v1i2.115>.
- Lang, Christine/Pott, Andreas/Shinozaki Kyoko 2021: ‚Organisations and the production of migration and in/exclusion‘, *Comparative Migration Studies*, Jg. 9, Art. 60. <https://doi.org/10.1186/s40878-021-00274-w>.
- Mattes, Astrid 2022: *Migration & Religion*, Wien. <https://doi.org/10.1553/978OEAW88872>.
- Mau, Steffen/Gülzau, Fabian/Laube, Lena/Zaun, Natascha 2015: ‚The global mobility divide: How visa policies have evolved over time‘, *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Jg. 41, Nr. 8, 1192–1213. <https://doi.org/10.1080/1369183X.2015.1005007>.
- Mayblin, Lucy/Turner, Joe 2021: *Migration studies and colonialism*, Cambridge.
- Micinski, Nicholas R. 2021: *UN Global Compacts: Governing migrants and refugees*, Abingdon, New York.
- Moslund, Sten Pultz/Schramm, Moritz/Vitting-Seerup, Sabrina 2019: ‚Postmigration: From utopian fantasy to future perspectives‘, in Moritz Schramm/Sten Pultz Moslund/Anne Ring Petersen/Mirjam Gebauer/Hans Christian Post/Sabrina Vitting-Seerup/Frauke Wiegand: *Reframing migration, diversity and the arts: The postmigrant condition*, New York, 227–247.
- Neuhauser, Johanna 2020: ‚„Für Frauen gibt es immer Arbeit!“ – Eine intersektionale Analyse migrantischer Arbeit in Spanien‘, *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 45, 427–446. <https://doi.org/10.1007/s11614-020-00426-9>.
- Osanami Törngren, Sayaka/Shinozaki, Kyoko 2022: ‚Reflections on multiple and unconventional positionality through a lens of multi-layered institutional whiteness: Challenging the binary‘, in Staci B. Martin/Deepa Dandekar (Hg.): *Global South scholars in the Western academy: Harnessing unique experiences, knowledges, and positionality in the third space*, New York, Abingdon, 108–119.
- Perchinig, Bernhard 2010: ‚Migration research in Austria – research at the margins?‘, in Dietrich Thränhardt/Michael Bommers (Hg.): *National Paradigms of Migration Research*, Göttingen, 187–204.
- Pott, Andreas/Rass, Christoph/Wolff, Frank 2018: ‚Was ist ein Migrationsregime? Eine Einleitung‘, in Andreas Pott/Christoph Rass/Frank Wolff (Hg.): *Was ist ein Migrationsregime? What is a migration regime?*, Wiesbaden, 1–16.
- Pries, Ludger, 2016: *Migration und Ankommen. Die Chancen der Flüchtlingsbewegung*, Frankfurt, New York.

- Raffetseder, Lena 2022: „Ukraine-Hilfe: eine Jahrhundertaufgabe: Interview mit Gerald Knaus“, *Radio FM4*, 16. März. Abgerufen am 17. März 2022 unter <https://fm4.orf.at/stories/3022741/>.
- Römhild, Regina 2018: ‚Konvivialität – Momente von Post-Otherness‘, in Marc Hill/Erol Yildiz (Hg.), *Postmigrantische Visionen: Erfahrungen – Ideen – Reflexionen*, Bielefeld, 63–71.
- Schinkel, Willem 2017: *Imagined societies: A critique of immigrant integration in Western Europe*, Cambridge.
- Said, Edward W. 1978: *Orientalism*, London.
- Sievers, Wiebke 2021: ‚Towards equality: joining forces with arts and culture in the struggle for change in migration societies‘, *Comparative Migration Studies*, Jg. 9, Nr. 33. <https://doi.org/10.1186/s40878-021-00249-x>.
- Sievers, Wiebke/Bauböck, Rainer/Reinprecht, Christoph 2021 (Hg.): *Flucht und Asyl – internationale und österreichische Perspektiven*, Jahrbuch Migrationsforschung 5, Wien. Abgerufen am 7. Februar 2022 unter <https://austriaca.at/9783700184969>.
- Statistik Austria 2021: *Migration & Integration: Zahlen, Daten, Indikatoren*, Wien. Abgerufen am 7. Februar 2022 von <https://www.integrationsfonds.at/mediathek/mediathek-publikationen/publikation/migration-und-integration-2021-zahlen-daten-indikatoren-10674/>.
- Talani, Leila Simona 2019: ‚Assessing the Relation between the Underground Economy and Irregular Migration in Italy‘, *The International Spectator: Italian Journal of International Affairs*, Jg. 54, Nr. 2, 102–122. <https://doi.org/10.1080/03932729.2018.1463941>.
- Thompson, Vanessa E. 2021: ‚Rassismus an der Hochschule. Intersektionale Verstrickungen und Möglichkeiten des Abolitionismus‘, in Serena O. Dankwa/Sarah-Mee Filep/Ulla Klingovsky/Georges Pfruender (Hg.): *Bildung.Macht.Diversität*, Bielefeld, 131–149. <https://doi.org/10.1515/9783839458266-009>.
- Urry, John 2000: *Sociology beyond societies: Mobilities for the twenty-first century*, London.
- Weiss, Anja 2017: *Soziologie globaler Ungleichheiten*, Berlin.
- Wimmer, Andreas/Glick Schiller, Nina 2002. ‚Methodological nationalism and beyond: Nation-state building, migration and the social sciences‘, *Global Networks*, Jg. 2, Nr. 4, 301–334.